

ALLGEMEINES

Jobcenter verhängen mehr Sanktionen. Nach einer neuen Statistik der Bundesagentur für Arbeit wurden von August 2011 bis Juli 2012 mehr als eine Million Sanktionen gegen die Bezieher von Arbeitslosengeld II erlassen. Danach ist die Zahl der Strafen verglichen mit 2009 um 38 % auf 1,017 Mio. gestiegen. Im Schnitt wurden die staatlichen Leistungen um 106 Euro gekürzt. Der Regelsatz für Alleinstehende beläuft sich auf 374 Euro. Die Missbrauchsquote liegt bundesweit bei 3,2 %. Wird eine zumutbare Arbeit nicht angenommen, können die Jobcenter den Regelsatz für drei Monate um 30 % kürzen. Nach den neuen Zahlen der Bundesagentur werden mehr als zwei Drittel der Sanktionen mit Meldeversäumnissen begründet, etwa weil die Betroffenen nicht zu den verabredeten Beratungsterminen kommen. Nur etwa jeder siebte Bestrafte habe sich laut Statistik geweigert, eine Arbeit oder einen Ein-Euro-Job anzunehmen. Die Zahlen fallen regional sehr unterschiedlich aus. In Berlin war die Missbrauchsquote mit 4,7 % im Juli 2012 mit Abstand am höchsten. In Bremen ist die Quote mit 2,5 % am geringsten. Dort ist die Arbeitslosigkeit besonders hoch. *Quelle: Spiegel Online vom 20.11.2012*

Bürgerschaftliches Engagement = Bildung durch Beteiligung. Dokumentation der Fachtagung vom 21. bis 23. Oktober 2010. Hrsg. Behörde für Schule und Berufsbildung. Selbstverlag. Hamburg 2012, 152 S., kostenlos *DZI-E-0347*

Seit dem Jahr 2004 bietet das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement mit seiner Tagungsreihe „Schule und bürgerschaftliches Engagement“ ein Forum für den Dialog zwischen unterschiedlichen Akteuren aus dem Bildungs- und Engagementbereich. Die in dieser Broschüre dokumentierte sechste Fachtagung, die in Hamburg stattfand, befasste sich mit den Möglichkeiten, das Zusammenwirken von Schulen und bürgerschaftlichem Engagement zu verbessern. Vorgestellt werden relevante Initiativen und Projekte sowie Einrichtungen in Hamburg, Bremen, Berlin und München, die sich der Engagementförderung von Schülern und Schülerinnen widmen, wobei auch Themen wie die Rahmenbedingungen für das Engagement an Schulen, das interkulturelle Engagement für die Bildung und die Rolle lokaler Bildungslandschaften Berücksichtigung finden. Pädagogischen und engagementpolitischen Fachkräften eröffnet die Handreichung vielfältige Impulse für die Praxis. Bestellschrift: Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg, Tel.: 040/428 63-3313

DZI Spenden-Almanach als E-Book. Der wohl bekannteste deutsche Spendenratgeber, der DZI Spenden-Almanach, wird mit seiner aktuellen Ausgabe 2012 jetzt erstmals auch als E-Book angeboten. Auf 392 Seiten bietet der Almanach ausführliche Einzelportraits aller Spenden-Siegel-Organisationen, Spenden-Tipps zu 18

Einzelthemen, umfangreiche Statistiken zu den Finanzen und Organisationsstrukturen der Siegel-Organisationen sowie fünf Fachbeiträge zu aktuellen Spendenthemen. Das E-Book kostet 9,80 Euro und kann online auf der Website des DZI bestellt werden: www.dzi.de. Die Buchausgabe ist zum Preis von 12,80 Euro im Buchhandel (ISBN 978-3-9812634-4-2) oder über das DZI erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung des DZI vom 29.11.2012*

SOZIALES

50 Jahre Sozialhilfe. Eine Festschrift. Hrsg. Jonathan I. Fahlbusch. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2012, 299 S., EUR 29,80 *DZI-E-0317*

Seit im Jahr 1962 das Bundessozialhilfegesetz mit seinem Rechtsanspruch auf Unterstützung in Kraft trat, haben sich das Sozialhilferecht und dessen Umsetzung stark gewandelt. Anlässlich des 50. Jahrestages dieser Hilfeform eröffnet diese Festschrift in 16 Fachbeiträgen einen Überblick über deren historische Entwicklung und aktuelle Ausprägung. Beleuchtet werden neben den Grundlagen und Einzelheiten des Sozialhilferechts auch Fragen der Regelsatzbemessung, spezifische Ansätze wie Beratung, Case Management und Gefährdetenhilfe, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, die Grundsicherung für Arbeitsuchende und das geltende Asylbewerberleistungsgesetz. Bestellschrift: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

Job-Perspektiven für Menschen mit Behinderung. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben soll Thema eines öffentlichen Fachgesprächs des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag sein. Der Termin für die einstündige Expertenrunde wurde auf Montag, den 25. Februar 2013, festgelegt. Anlass der Anhörung sind Anträge der SPD- und der Linksfraktion. Letztere möchte die Job-Perspektiven von Menschen mit Behinderung verbessern, da für diese die Lage am Arbeitsmarkt nach wie vor höchst dramatisch sei. Die Arbeitslosenzahlen stagnierten auf hohem Niveau, viele Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen würden strukturell diskriminiert und durch bestehende Barrieren an der Teilhabe am Arbeitsleben gehindert. Die SPD-Fraktion möchte die Ausgleichsabgabe der Arbeitgeber je unbesetztem Pflichtplatz erhöhen und Menschen mit Behinderung so einen fairen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen. In ihrem Antrag spricht sie sich außerdem dafür aus, der besonderen Situation von klein- und mittelständischen Unternehmen durch eine Ausweitung der Fördermöglichkeiten Rechnung zu tragen. Details zu der Anhörung sowie den geladenen Experten werden rechtzeitig im Internet unter www.bundestag.de bekannt gegeben. Interessierte Besucherinnen und Besucher können sich unter Angabe ihres Namens

und Geburtsdatums per E-Mail beim Ausschuss (arbeitsundsoziales@bundestag.de) anmelden. *Quelle: heute im bundestag vom 28.11.2012*

GESUNDHEIT

25 Jahre Aids-Präventionskampagne. Als die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 1987 mit ihrer Kampagne GIB AIDS KEINE CHANCE startete, galt die Aidsprävention als Tabubruch in Politik und Gesellschaft. Eine öffentliche Thematisierung von Sexualität und Kondomen gab es bis dahin nicht. Auch sprach sich rund die Hälfte der Bevölkerung dafür aus, Aids-Kranke mit niemandem außer dem medizinischen Personal und den Angehörigen in Berührung kommen zu lassen. Die Aidskampagne entwickelte sich zu einer der bekanntesten und erfolgreichsten Präventionskampagnen in Deutschland. Kondome sind heutzutage ein normaler Hygieneartikel, emotionale Vorbehalte gegen deren Nutzung haben sich mehr als halbiert. Das Schutzverhalten steigt seit 25 Jahren langsam, aber kontinuierlich an. So hat sich beispielsweise der Anteil der Menschen, die sich in wechselnden Partnerschaften konsequent mit Kondomen schützen, mehr als vervierfacht. Trotz dieser positiven Entwicklung gibt es immer noch Menschen, die in Risikosituationen kein konsequentes Schutzverhalten praktizieren. Deshalb gilt es nach wie vor, das hohe Schutzniveau zu halten und weiterhin zu verbessern. Auch heute noch

erfahren HIV-positive Menschen Ausgrenzung und Diskriminierung. Eine von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) beauftragte Studie der Deutschen AIDS-Hilfe zeigt, dass 77 % der befragten Menschen mit HIV im Jahr vor der Befragung Diskriminierung im Alltag erlebt haben und 61 % der befragten HIV-Positiven ihre Infektion am Arbeitsplatz verschweigen. Aus diesem Grund hat die BZgA die 3. Staffel der Solidaritätskampagne „Positiv zusammen leben“ gestartet. Die Dokumentation der Aufklärungskampagne steht zum Download unter www.gib-aids-keine-chance.de/kampagnen im Internet. *Quelle: Pressemitteilung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vom 20.11.2012*

Gesundheitsversorgungssysteme in der EU. Im November haben die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher der Europäischen Kommission und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gemeinsam die zweite Ausgabe des Berichts „Gesundheit auf einen Blick – Europa“ veröffentlicht. Darin werden Entwicklungstendenzen in folgenden Themenbereichen benutzerfreundlich aufgearbeitet: Gesundheitszustand der Bevölkerung, gesundheitliche Risikofaktoren, Ressourcen und Leistungen des Gesundheitssystems, Qualität der Gesundheitsversorgung, Gesundheitsausgaben und Finanzierungsquellen. Die Daten wurden in 35 europäischen Ländern erhoben – in den 27 EU-Mitgliedsländern, in fünf Kandidatenländern und



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Liquiditätsmanagement. Nutzen Sie alle Vorteile des controlling-basierten Cash-Managements und halten Sie Ihren Cashflow zu jeder Zeit aufrecht.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
Hannover · Karlsruhe · Kassel · Köln · Leipzig · Magdeburg
Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



Bank
für Sozialwirtschaft

drei EFTA-Ländern. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählt, dass die Lebenserwartung bei der Geburt in den EU-Ländern von 1980 bis 2010 um mehr als sechs Jahre gestiegen ist und dass chronische Erkrankungen wie Diabetes, Asthma und Demenz immer häufiger auftreten. Auch wird deutlich, dass in den meisten europäischen Ländern der Tabakkonsum durch Sensibilisierungskampagnen, Werbeverbote und höhere Steuern verringert wurde. Entgegen dem Trend ständig steigender Gesundheitsausgaben verlangsamte sich im Jahr 2010 in fast allen europäischen Ländern das reale Wachstum der Gesundheitsausgaben pro Kopf oder ging zurück. Der Bericht kann im Internet unter der URL http://ec.europa.eu/health/reports/docs/health_glance_2012_en.pdf abgerufen werden. *Quelle: Newsletter von Health-EU vom 6.12.2012*

JUGEND UND FAMILIE

580,5 Millionen Euro für den Kita-Ausbau. Der Streit zwischen Bund und Ländern über die zusätzlichen 580,5 Mio. Euro für den Ausbau von Kindertagesstätten ist beigelegt. Bis auf drei Bundesländer, die noch kein Votum abgegeben haben, kommen aus den anderen Bundesländern positive Signale. Bund und Länder sind sich einig, dass künftig anders als bislang alle drei Monate Berichte über den Ausbaufortschritt und die verwendeten Mittel erstattet werden sollen. Außerdem sollen den Ländern für ihre Kommunen bereits 2013 zusätzliche Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 18,75 Mio. Euro zugeteilt werden. Die Änderungen des Fiskalpaktgesetzes sind bereits als Änderungsanträge in den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eingebracht worden. Damit werden die neu getroffenen Vereinbarungen im parlamentarischen Verfahren umgesetzt. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 8.11.2011*

Jugend Sucht Hilfe. Kooperationen zwischen den Hilfesystemen. Hrsg. Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL). Selbstverlag. Münster 2011, 152 S., kostenlos *DZI-E-0348*

Angesichts der hohen Verbreitung von Suchtphänomenen bei Jugendlichen plädiert diese Broschüre für eine umfassende Vernetzung von Jugendhilfe und Suchthilfe, um Prävention und Intervention möglichst effektiv zu gestalten. Beide Hilfesysteme werden anhand eines geschichtlichen Überblicks, relevanter Daten und Fakten sowie hinsichtlich ihrer speziellen Ansätze und Verfahren getrennt beschrieben. Darüber hinaus gibt der Ratgeber Informationen zu juristischen Fragen, zur Elementarpädagogik, zu einzelnen legalen und illegalen Drogen, zu verhaltensbezogenen Abhängigkeiten wie Glücksspielsucht und Essstörungen und zum Datenschutz, ergänzt durch Fallbeispiele aus der Praxis sowie Hinweise zu den Kostenträgern und zur Inobhutnahme bei suchtkranken Eltern. Ein Verzeichnis relevanter Internet-Links erleichtert weitere Recherchen. Bestellanschrift: Land-

schaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt, Schulen und Koordinationsstelle Sucht, Warendorfer Straße 25-27, 48145 Münster, Tel.: 02 51/591-32 67, Internet: www.lwl-ks.de

Neuaktivierung der Jugendhilfeplanung gefordert. Das Bundesjugendkuratorium (BJK) fordert eine strategisch ausgerichtete Jugendhilfeplanung als Basis einer aktiven kommunalen Kinder- und Jugendpolitik und stellt Handlungsoptionen der Jugendhilfeplanung für die Herausbildung einer eigenständigen Jugendpolitik im kommunalen Bereich vor. In einer aktuellen Stellungnahme des BJK wird die Bedeutung der Jugendhilfeplanung als Steuerungsinstrument bei der Entwicklung einer kinder-, jugend- und familienfreundlichen Umwelt betont. Jugendhilfeplanung ist danach nicht nur Option, sondern strategischer Anknüpfungspunkt für eine kommunale Kinder- und Jugendpolitik. Hierfür muss diese aber ihren gesetzlichen Auftrag umfassend erfüllen und die Schnittstellen zu anderen Planungsbereichen gestalten. Im Interesse der Kinder und Jugendlichen müssen institutionelle Barrieren und Hindernisse überwunden werden. Eine notwendige, an den Interessen und Lebenslagen junger Menschen orientierte kommunale Gesamtplanung ist auf eine lebenslagenbezogene und sozialwissenschaftlich fundierte Jugendhilfeplanung angewiesen. Hierfür sind aber eine der Vielfalt und Komplexität der Themen und Aufgaben angemessene Ausstattung, ein transparentes Aufgabenprofil, eine kritische Bestandsaufnahme vor Ort und konkrete Zielvorstellungen sowie eine deutliche Verbesserung des Wissensstandes und einer daraus abgeleiteten Praxisentwicklung erforderlich. Schließlich bedarf es einer stärkeren Beachtung, Entwicklung und Erprobung partizipativer Verfahren, wenn kommunale Planungen insgesamt den Bedürfnissen junger Menschen und ihrer Familien besser Rechnung tragen sollen. Die Stellungnahme kann als PDF unter URL www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/2010-2013/Stellungnahme_Jugendhilfeplanung_51212.pdf abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesjugendkuratoriums vom 6.12.2012*

AUSBILDUNG UND BERUF

Sonderregelung im Urheberrecht. Die Befristung der Sonderregelungen für Unterrichts- und Forschungszwecke im Urheberrecht soll nach einem gemeinsamen Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und FDP im Bundestag bis zum 31.12.2014 verlängert werden. Gleichzeitig fordern die Fraktionen die Bundesregierung dazu auf, bis spätestens ein halbes Jahr vor Ablauf der Befristung einen Gesetzesentwurf vorzulegen, mit dem die befristete Sonderregelung in eine dauerhafte Urheberrechtsschranke überführt wird. Die bisherige Regelung sieht vor, dass kleine Teile eines Werkes, Werke geringen Umfangs sowie einzelne Beiträge aus Zeitungen oder Zeitschriften für Forschungszwecke und für Unterrichts-

zwecke an Schulen, Hochschulen und weiteren Einrichtungen einem bestimmt abgegrenzten Kreis von Personen öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen. Dies gilt nur zur Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke. Diese Regelung ist seit 2003 in Kraft und wurde seitdem mehrmals verlängert. Um die Auswirkungen in der Praxis zu testen, wurden mehrere Evaluierungen in Auftrag gegeben, aber auch nach neun Jahren ist nach Auffassung der Fraktionen eine abschließende Bewertung der Auswirkungen in der Praxis nicht möglich. Jedoch habe sich die Nutzung in Schulen und für einen Teil der Nutzungen in Hochschulen bewährt, so dass die Regelung für diesen Bereich entfristet werden könne. *Quelle: heute im bundestag vom 15.11.2012*

Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege. Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Altenpflege hat die Bundesregierung unter Federführung des für die Altenpflegeausbildung zuständigen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im vergangenen Jahr die Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege initiiert. In einer auf Fachebene eingesetzten Arbeitsgruppe wurden für zehn Handlungsfelder konkrete Zielvereinbarungen entwickelt, durch die die Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Altenpflege gefördert und die Attraktivität des Berufs- und Beschäftigungsfeldes erhöht werden sollen. Zu den Zielvereinbarungen gehören unter anderem die Steigerung der Ausbildungszahlen in jedem Jahr der Ausbildungsoffensive um 10 %, die Wiedereinführung der dreijährigen Umschulungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) für die Laufzeit der Vereinbarung bei gleichzeitiger Stärkung der Möglichkeit zur Ausbildungsverkürzung bei entsprechenden Vorkenntnissen, die Nachqualifizierung von bis zu 4 000 Pflegehelferinnen und -helfern zur Altenpflegekraft, leistungsgerechte Vergütungen und eine gemeinsame Kampagne zur höheren Wertschätzung dieses Berufsfeldes in der Gesellschaft. Hintergrund der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive ist der durch die demographische Entwicklung wachsende Personalbedarf in der Altenpflege. So wird die Zahl der Leistungsbeziehenden in der sozialen Pflegeversicherung bis zum Jahr 2030 im Verhältnis zum Vergleichsjahr 2011 um knapp 40 % auf dann 3,2 Mio. steigen. Daher wird auch der Bedarf an qualifiziertem Personal in der Altenpflege weiter wachsen. Nach den aktuellen Zahlen der BA kommen jedoch bereits jetzt auf 100 als offen gemeldete Stellen nur noch 37 als arbeitssuchend gemeldete Altenpflegefachkräfte. Gleichzeitig wird die Zahl der dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehenden jungen Menschen zukünftig deutlich sinken. Umgesetzt werden die vereinbarten Maßnahmen in einem Zeitraum von drei Jahren bis zum Ende des Jahres 2015. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 26.11.2012*

28.2.-3.3.2013 Reutlingen. 17. Symposium Frühförderung 2013. Anerkennung und Teilhabe: Kind – Familie – Lebenswelten in der Frühförderung. Information: VIFF Vereinigung für Interdisziplinäre Frühförderung e.V., Bundesgeschäftsstelle, Seidlstraße 18a, 80335 München, Tel.: 089/54 58 98-27, E-Mail: geschaeftsstelle@fruehfoerderung-viff.de

11.-12.3.2013 Berlin. Fachtagung: Örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattung – Fragen der wirtschaftlichen Jugendhilfe. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frau Dorette Nickel, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-211, E-Mail: nickel@deutscher-verein.de

11.-13.3.2013 Erfurt. 7. Bundestreffen der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen: Politik und Praxis der integrierten, sozialräumlichen Erziehungshilfen. Information: Dr. Diana Düring, Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH), Galvanistraße 30, 60486 Frankfurt am Main, Tel.: 069/63 39 86-16, E-Mail: diana.duering@igfh.de

13.-14.3.2013 Berlin. Wissenschaftliche Jahrestagung des Bundesverbandes für Stationäre Suchtkrankenhilfe: Sucht im Generationenwechsel. Information: Bundesverband für Stationäre Suchtkrankenhilfe, Wilhelmshöher Allee 273, 34131 Kassel, Tel.: 05 61/77 93 51, E-Mail: buss@suchthilfe.de

14.-15.3.2013 Berlin. Fachtagung: Schulverweigerung und Schulversagen – Jugendhilfe macht Schule: Information: Dörte Jessen, Öffentlichkeitsarbeit AGFJ, Deutsches Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-147, E-Mail: jessen@difu.de

20.-22.3.2013 Jyväskylä, Finland. Third European Conference for Social Work Research. Information: University of Jyväskylä, PO Box 35, FI-40014, Tel.: 00 358/142 60 12 11, Internet: <https://www.jyu.fi/en/research/congress/ecswr2013>

9.-11.4.2013 Nürnberg. Altenpflege 2012 – Leitmesse der Pflegewirtschaft. Information: Vincentz Network GmbH & Co. KG, Plathnerstraße 4c, 30175 Hannover, Tel.: 05 11/99 10-000, E-Mail: info@vincentz.net

12.4.2013 München. Tagung: Pornifizierung – Liebe – Sexualität. Information: Luis Teuber, goja – Fachstelle für Jungenarbeit, Landsberger Straße 476, 81241 München, Tel.: 089/782 08 79 16, E-Mail: lteube@im-muenchen.de